

Der Ehrbare Kaufmann im globalen Wirtschaftsrecht

Ehrl

2025

ISBN 978-3-406-83208-6

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Münchener Universitätschriften

Reihe der Juristischen Fakultät

Herausgegeben

von

Armin Engländer, Hans Christoph Grigoleit, Rudolf Streinz

Band 263

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three small, solid orange circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Der Ehrbare Kaufmann im globalen Wirtschaftsrecht

– Menschenrechts- und umweltbezogene
Verantwortlichkeit inländischer Unternehmen und
ihrer Geschäftsleiter für ihre Lieferketten unter
besonderer Berücksichtigung des LkSG –

von

Dr. Max Ehrl

2024
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Ehrl Der Ehrbare Kaufmann S.

beck.de
D 6
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
ISBN Print 978 3 406 83208 6
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 83209 3

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str.7, 84036 Kumhausen
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg/Saar



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2023/2024 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Für die Drucklegung konnten Materialien bis Juni 2023 berücksichtigt werden.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Mathias Habersack, der mich seit Beginn meines Studiums, bereits in den ersten Semestern als studentische Hilfskraft, später als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl gefördert und mit großer Geduld und Hilfsbereitschaft mein Promotionsvorhaben unterstützt hat. Auf seinen Rat und seine Hilfe konnte ich mich stets verlassen. Bei Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Schön möchte ich mich nicht nur für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens bedanken, sondern auch für seine wertvollen wissenschaftlichen Impulse für diese Arbeit.

Des Weiteren möchte ich mich bei den Herausgebern Prof. Dr. Rudolf Streinz, Prof. Dr. Hans Christoph Grigoleit sowie Prof. Dr. Armin Engländer für die Aufnahme meiner Dissertation in die Schriftenreihe „Münchener Universitätschriften“ bedanken.

Außerdem gilt mein herzlicher Dank der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, die mich bei der Herausgabe der Arbeit mit einem großzügigen Druckkostenzuschuss gefördert hat.

Vor allem aber möchte ich mich bei meiner Familie bedanken, insbesondere bei meinen Eltern, die durch ihren bedingungslosen Rückhalt wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat. Ohne die unermüdliche Unterstützung meiner Eltern, meines Bruders und meiner Frau gäbe es diese Arbeit nicht. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

München, im September 2024

Max Ehrl

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Kapitel. Einleitung und Definition des Themas	1
§ 1 Einführung	1
A. Einführung in die Problemlagen	1
B. Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes	6
C. Gang der Untersuchung	11
2. Kapitel. Grundlagen	13
§ 2 Begriffsbestimmungen	14
A. Corporate Social Responsibility und Responsible Business Conduct	14
B. Compliance	20
C. Corporate Governance	21
D. Environmental, Social, Governance (ESG)	22
§ 3 (Privat-)Rechtswissenschaftlicher und -politischer Rahmen	24
A. Rechtspolitische Prinzipien und Regulierungsfunktion des Privatrechts	24
B. Verfolgung von Allgemeinwohlzielen in der Evolution des Unternehmensrechts	37
C. Zwischenergebnis	53
§ 4 <i>Human Rights Litigation</i> und <i>Climate Change Litigation</i> – Entwicklung und Regelungsrahmen	55
A. Fallbeispiele der jüngeren Entwicklung der <i>Human Rights Litigation</i> und <i>Climate Change Litigation</i>	56
B. Hintergrund: Der US-amerikanische Alien Tort Claims Act	63
C. Regulatorische Ausgangslage und Rechtsquellen des internationalen Menschenrechts- und Umweltschutzes	69
D. Menschenrechts- und Klimaschutzvorgaben für Unternehmen im geltenden Mehr-Ebenen-System des Völkerrechts, Unionsrechts und nationalen Rechts	110

§ 5 Rechtsvergleichende Umschau	139
A. Menschenrechts- und Klimaschutzvorgaben in anderen Rechtsordnungen	139
B. Stellungnahme	144
3. Kapitel. Außenverhältnis der Gesellschaft	145
§ 6 Rechtsökonomischer Hintergrund	145
A. Globale Ressourcenallokation und externe Effekte	146
B. Gedanke der verursachungsadäquaten Ergebniszurechnung	151
C. Koordinationsmodelle globaler Wertschöpfungsketten	152
D. Würdigung	153
§ 7 Prozess- und kollisionsrechtliche Ausgangs- und Problemlage	154
A. Zuständigkeit deutscher Gerichte für internationale Menschenrechts- und Umweltschutzklagen gegen private Unternehmen	154
B. Bestimmung des anwendbaren Rechts	159
C. Ergebnis	173
§ 8 Haftungssituation <i>de lege lata</i>	173
A. Funktionale Systematisierung möglicher Haftungsmodelle	174
B. Vertragliche Haftung	175
C. Deliktische Haftung	179
D. Besonderheiten der konzernierten Lieferkette	215
E. Ergebnis	220
4. Kapitel. Innenverhältnis der Gesellschaft	223
§ 9 Rechtsökonomische und rechtsfunktionale Perspektive	223
A. Rechtsökonomischer Kontext gesellschaftsrechtlicher Binnenpflichten der Organwalter	224
B. Rechtsökonomische Zielsetzungen und Funktionen der Binnenpflichten	225
C. Folgerungen	231
§ 10 <i>Human Rights Protection</i> und <i>Climate Protection</i> im geltenden Binnen- recht der Gesellschaft	231
A. Rechtsformübergreifende Vorüberlegungen	232
B. Unternehmensleitung und aktienrechtliche Zielvorgaben	233
C. Legalitätspflicht und (aktienrechtliche) Compliance-Verantwortung, §§ 93, 116 S.1 AktG	239
D. Soziale und ökologische Informationspflichten der Unternehmensleitung	252
E. Folgerungen aus der CSR und dem Unternehmensinteresse	260
F. Ergebnis	273

§ 11 Satzungsmäßige Gestaltungsmöglichkeiten	274
A. Aktiengesellschaft	275
B. Exkurs: Gesellschaft mit beschränkter Haftung	280
C. Fazit	282
5. Kapitel. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	283
§ 12 Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	283
A. Entstehungsgeschichte und Ausgangslage	284
B. Konzeption und wesentlicher Regelungsinhalt des LkSG	287
C. Auswirkungen auf die privatrechtliche Verantwortlichkeit im Außen- und Innenrecht der Gesellschaft	334
D. Kollisionsrechtliche Folgeüberlegungen im Lichte des LkSG	351
E. Ergebnis	357
§ 13 Ausblick: Vorschlag einer europäischen Sorgfaltspflichten-Richtlinie	360
A. Stand des Gesetzgebungsverfahrens	361
B. Absehbarer Regelungsrahmen	362
C. Fazit	366
§ 14 Perspektiven	367
A. Defizite der bestehenden Rechtslage und des Lieferketten- sorgfaltspflichtengesetzes	367
B. Hybride Durchsetzungsmechanismen	373
C. Fortentwicklung gesellschaftsrechtlich verankerter Regelungsmodelle ..	374
6. Kapitel. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung	379
§ 15 Zusammenfassung in Thesen	379
§ 16 Schlusswort	387
Literaturverzeichnis	389



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Kapitel. Einleitung und Definition des Themas	1
§ 1 Einführung	1
A. Einführung in die Problemlagen	1
B. Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes	6
I. Menschenrechts- und umweltbezogene Verantwortung im Zusammen- hang mit wirtschaftlichen Unternehmensaktivitäten	6
1. Menschenrechte und Umwelt als Schlüsselthemen	6
2. Transnationalität und Multinationalität von Unternehmen	7
II. Außen- und Innenverhältnis der Gesellschaft	8
III. Präzisierung auf Kapitalgesellschaften, insbesondere Aktiengesell- schaften	9
C. Gang der Untersuchung	11
2. Kapitel. Grundlagen	13
§ 2 Begriffsbestimmungen	14
A. Corporate Social Responsibility und Responsible Business Conduct ...	14
I. Corporate Social Responsibility (CSR)	14
1. Elementare Konzeptionen einer CSR	14
2. Festschreibungen der CSR auf Ebene der Europäischen Union .	16
3. Corporate Social Responsibility für die Zwecke vorliegender Untersuchung	17
II. Responsible Business Conduct (RBC)	19
B. Compliance	20
C. Corporate Governance	21
D. Environmental, Social, Governance (ESG)	22
§ 3 (Privat-)Rechtswissenschaftlicher und -politischer Rahmen	24
A. Rechtspolitische Prinzipien und Regulierungsfunktion des Privatrechts	24
I. Tradiertes Verständnis einer ordoliberalen dezentralen Koordina- tionsordnung	24
II. Funktionswandel im Privatrecht	27
1. Privatrecht und Gesellschaftsrecht	27
2. Interessenausgleichende Funktion privatrechtlicher Normen ...	28
3. Regulierungsfunktion des Privatrechts	30

a)	Bedeutung des Privatrechts als Steuerungsinstrument im öffentlichen Interesse	30
b)	Gemeinwohlziele als legitimes regulatorisches Element im Privatrecht?	33
c)	Unionsrechtlicher Einfluss und verfassungsrechtliches Kompetenzgefüge	35
aa)	Einfluss des Unionsrechts auf den verhaltenssteuernden Einsatz von Privatrecht	35
bb)	Privatrecht im verfassungsrechtlichen Kompetenzgefüge	36
B.	Verfolgung von Allgemeinwohlzielen in der Evolution des Unternehmensrechts	37
I.	Übergang vom Octroi- und Konzessionssystem zum Normativsystem im 19. Jahrhundert	38
1.	Octroi- und Konzessionssystem	38
2.	Ersetzung durch das System der Normativbestimmungen im Aktienrecht 1870	40
II.	Die Zeit der Weimarer Republik und das Aktiengesetz 1937	41
III.	Aktiengesetz 1965	44
IV.	Ausgewählte jüngere Entwicklung	47
1.	Corporate Governance als Regelungsziel	47
2.	Shareholder Value vs. Stakeholder Value	50
C.	Zwischenergebnis	53
§ 4	<i>Human Rights Litigation</i> und <i>Climate Change Litigation</i> – Entwicklung und Regelungsrahmen	55
A.	Fallbeispiele der jüngeren Entwicklung der <i>Human Rights Litigation</i> und <i>Climate Change Litigation</i>	56
I.	Repräsentative Fälle	56
1.	Royal Dutch Shell-Verfahren	56
2.	Verfahren gegen den Textildiscounter KiK	59
3.	Saúl Luciano Lliuya gegen RWE AG	60
II.	Charakteristika der Verfahren	61
B.	Hintergrund: Der US-amerikanische Alien Tort Claims Act	63
I.	Rechtshistorischer Hintergrund	63
II.	US Supreme Court: Ausbau zu einer Anspruchsnorm für Menschenrechtsklagen	65
III.	Abkehr der USA von dem internationalen allzuständigkeitsbe gründenden Wirkungsanspruch des Alien Tort Statute zugunsten Europas	67
C.	Regulatorische Ausgangslage und Rechtsquellen des internationalen Menschenrechts- und Umweltschutzes	69
I.	Dogmatische und funktionale Verortung	69
1.	Kategorisierung in hard law und soft law	69
a)	Hard law	70
b)	Soft law	71
2.	Adressatenkreis	73
3.	Territoriale Reichweite	74

II. Grundsatz der Völker- und Verfassungsrechtsgarantien als Staatenpflichten	77
1. Grundstruktur der völkerrechtlichen Menschenrechts- und Umweltkataloge	77
a) Menschenrechte	77
aa) Internationale Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen	77
bb) Spezielle Menschenrechtsverträge auf Ebene der Vereinten Nationen	80
cc) Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ..	81
dd) Menschenrechtsschutz auf regionaler Ebene	82
b) Umwelt- und Klimaschutz	85
aa) Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit Folgevereinbarungen	86
bb) Bereichsspezifische umweltvölkerrechtliche Vertragsregime	87
c) Verbindungen zwischen Menschenrechten und Umweltschutz	91
2. Grundsätzlich keine Bindungen von Unternehmen unmittelbar aus Völkerrecht	92
a) Private nicht unmittelbar Verpflichtete des Völkerrechts	92
aa) Staaten als originäre Völkerrechtssubjekte	92
bb) Völkerrechtsunmittelbare Pflichten Privater?	92
cc) Ius cogens als Begründung von Individualverpflichtungen?	98
dd) Zwischenergebnis	99
b) Schutzpflichtdogmatik	99
aa) Staatliche Schutzpflichten gegenüber dem Verhalten Privater	99
bb) Extraterritoriale staatliche Schutzpflichten	101
3. Keine unmittelbaren verfassungsrechtlichen Grenzen	103
a) Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Art. 14 Abs. 2 GG	104
b) Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Art. 20a GG	106
c) Unionsziel Umweltschutz, Art. 191 AEUV und Art. 37 GRC	108
4. Zwischenergebnis	109
D. Menschenrechts- und Klimaschutzvorgaben für Unternehmen im geltenden Mehr-Ebenen-System des Völkerrechts, Unionsrechts und nationalen Rechts	110
I. Völkerrechtliche Ebene	111
1. UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	111
a) Verantwortung der Unternehmen nach der Konzeption der UN-Leitprinzipien	112
aa) Normative Bedeutung: Unverbindlichkeit der Leitprinzipien	112
bb) Menschenrechtliche Sorgfaltsstandards	113
cc) Durchsetzungs- und Konkretisierungsgrad	114
b) Der NAP in Deutschland und sein Umsetzungsstand	115

2. OECD-Verhaltenskodizes	116
a) OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen 2011	116
b) Sektorübergreifende und -spezifische OECD-Leitfäden	119
3. Dreigliedrige Grundsatzklärung der ILO	119
4. Global Compact der Vereinten Nationen	121
5. Weitere internationale <i>soft law</i> -Rahmenwerke	122
6. Zwischenfazit: „Privatisierung“ der Menschen- und Umwelt- völkerrechte?	123
II. Menschenrechts- und Klimaschutzvorgaben des sekundären Unionsrechts	124
1. CSR-Richtlinie	125
a) CSR-Richtlinie 2014	125
b) Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung 2022 ...	127
2. Konfliktmineralienverordnung	129
3. Weitere spezifische gesetzgeberische Maßnahmen im Finanz- und Kapitalmarktsektor	130
4. Fazit: More to come	132
III. Regelungsrahmen auf nationaler Ebene	132
1. Bilanz- und Aktienrecht	132
a) CSR-Berichterstattung	132
b) Aktienrecht	134
2. Branchenspezifische Sondervorschriften des KWG und VAG ..	135
3. Umwelthaftungsgesetz und Umweltschadensgesetz	136
IV. Ergebnis	138
§ 5 Rechtsvergleichende Umschau	139
A. Menschenrechts- und Klimaschutzvorgaben in anderen Rechtsordnun- gen	139
I. Frankreich	139
II. Schweiz	141
III. Vereinigte Staaten	142
IV. Vereinigtes Königreich	143
V. Weitere Entwicklung	143
B. Stellungnahme	144
3. Kapitel. Außenverhältnis der Gesellschaft	145
§ 6 Rechtsökonomischer Hintergrund	145
A. Globale Ressourcenallokation und externe Effekte	146
I. Allokationseffizienz in internationalen Lieferketten	146
1. Operationale Effizienz	146
2. Informationelle Effizienz	148
II. Internalisierung negativer externer Effekte als Steuerungsziel	148
B. Gedanke der verursachungsadäquaten Ergebniszurechnung	151
C. Koordinationsmodelle globaler Wertschöpfungsketten	152
D. Würdigung	153

§ 7	Prozess- und kollisionsrechtliche Ausgangs- und Problemlage	154
	A. Zuständigkeit deutscher Gerichte für internationale Menschenrechts- und Umweltschutzklagen gegen private Unternehmen	154
	I. Allgemeiner Gerichtsstand	154
	II. Exorbitante Zuständigkeiten	155
	1. Grenzen der allgemeinen internationalen Zuständigkeit	155
	2. Deliktgerichtsstand	156
	3. Gerichtsstand der Streitgenossenschaft	157
	III. Fazit und Reformperspektiven	158
	B. Bestimmung des anwendbaren Rechts	159
	I. Vertragsstatut, Rom I-VO	160
	II. Deliktsstatut, Rom II-VO	161
	1. Regelanknüpfung an Tatort, Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO	161
	2. Umweltschädigung, Art. 7 Rom II-VO	163
	3. Ausweichklausel des Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO?	165
	4. Berücksichtigung inländischer Sicherheits- und Verhaltens- regeln, Art. 17 Rom II-VO?	167
	5. Ordre public-Vorbehalt?	168
	6. Eingriffsnormen, Art. 16 Rom II-VO	169
	7. Nachträgliche Rechtswahl, Art. 14 Rom II-VO	170
	III. Gesellschaftsstatut	171
	IV. Zwischenergebnis	172
	C. Ergebnis	173
§ 8	Haftungssituation <i>de lege lata</i>	173
	A. Funktionale Systematisierung möglicher Haftungsmodelle	174
	B. Vertragliche Haftung	175
	I. Verschuldenszurechnung des Zulieferers über § 278 BGB	175
	II. Haftung nach den Grundsätzen des Vertrags mit Schutzwirkung für Dritte	176
	1. Vertragliche Schutzpflichtdogmatik in Lieferkettenkonstel- lationen	176
	2. Einbeziehung von Sozial- und Umweltstandards in einem Code of Conduct	177
	C. Deliktische Haftung	179
	I. Geschäftsherrnhaftung nach § 831 BGB	179
	II. Haftung für Verletzung von Schutzgesetzen gemäß § 823 Abs. 2 BGB	181
	III. Deliktsrechtliche Verkehrs- und Organisationspflichten, § 823 Abs. 1 BGB	183
	1. Absoluter Rechtsgüterschutz des § 823 Abs. 1 BGB	184
	2. Verkehrs- und Organisationspflichten in Bezug auf das Ver- halten ausländischer Zulieferer	187
	a) Begründung und Inhalt von deliktischen Verkehrs- und Organisationspflichten	187
	aa) Funktion und Begründungsmuster der Verkehrspflich- ten im Allgemeinen	187
	bb) Kriterien zur Ableitung von Verkehrspflichten	189

cc)	Adressat der Verkehrspflichten	193
dd)	Unternehmerische Arbeitsteilung und Verkehrspflichten	194
b)	Begründungsansätze für Verkehrspflichten eines inländischen Unternehmens zur Vermeidung von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen in den Ebenen der Lieferkette	196
aa)	Einfluss der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und anderer internationaler <i>soft law</i> -Regelwerke	196
bb)	CSR-Deklarationspflichten und aktienrechtliche Compliance-Verantwortung	199
cc)	Pflichtenbegründende Delegation und wirtschaftlicher Nutzen	202
(1)	Maßstab für die Entstehung von Verkehrs- und Organisationspflichten	202
(2)	BGH zur Haftung des Abfallentsorgers und deliktische Delegationslehre	203
(3)	Wirtschaftliche Vorteilsziehung	206
dd)	Kriterium des gefährlichen Tuns und der Gefahrbeherrschung	206
ee)	In engen Grenzen: Annahme von Fürsorgepflichten	209
IV.	Haftung gemäß § 826 BGB und über § 830 BGB	210
V.	Besonderheit: Privatrechtliche Klimawandelklagen	211
VI.	Zwischenergebnis	214
D.	Besonderheiten der konzernierten Lieferkette	215
I.	Zuordnungsrechtliche Selbständigkeit einzelner Rechtsträger	215
1.	Das konzernrechtliche Rechtsträgerprinzip	215
2.	Aufweichungstendenzen auf Unionsebene	217
II.	Verantwortungslage bei Menschenrechts- und Umweltverletzungen durch zuliefernde Tochtergesellschaften	218
E.	Ergebnis	220
4. Kapitel.	Innenverhältnis der Gesellschaft	223
§ 9	Rechtsökonomische und rechtsfunktionale Perspektive	223
A.	Rechtsökonomischer Kontext gesellschaftsrechtlicher Binnenpflichten der Organwalter	224
B.	Rechtsökonomische Zielsetzungen und Funktionen der Binnenpflichten	225
I.	Funktion des Organhaftungsrechts	225
II.	Effizienz von Legalitäts- und Compliancepflichten zur Rechtsdurchsetzung	228
1.	<i>Kaldor/Hicks</i> -Kriterium	228
2.	Ergänzendes Rechtsdurchsetzungsinstrument	230
C.	Folgerungen	231

§ 10 <i>Human Rights Protection</i> und <i>Climate Protection</i> im geltenden Binnenrecht der Gesellschaft	231
A. Rechtsformübergreifende Vorüberlegungen	232
B. Unternehmensleitung und aktienrechtliche Zielvorgaben	233
I. Eigenverantwortliche Leitung als Ausgangspunkt	233
II. Keine unmittelbaren verfassungs- und völkerrechtlichen Bindungen	236
1. Keine unmittelbare aktienrechtliche Überlagerung durch Art. 14 Abs. 2 GG, Art. 20a GG und das europäische Primärrecht	236
2. Keine unmittelbare Bindung des Leitungsermessens an völkerrechtliche Bestimmungen	238
C. Legalitätspflicht und (aktienrechtliche) Compliance-Verantwortung, §§ 93, 116 S. 1 AktG	239
I. Legalitätsbindung der AG und Compliance-Verantwortung des Vorstands	239
II. Reichweite der Legalitäts- und Legalitätskontrollpflicht im Zusammenhang mit menschenrechts- und klimaschutzbezogenen Gemeinwohlinteressen	242
1. Legalitätspflicht	242
a) Inhaltliche Reichweite und Folgerungen für die aktienrechtliche Pflichtenlage	242
b) Konzern- und Zuliefersachverhalte	247
2. Legalitätskontrollpflicht	247
a) Inhaltliche Reichweite und Folgerungen für die aktienrechtliche Pflichtenlage	247
aa) Ableitungsgrundsätze der Compliance-Verantwortung des Vorstands	247
bb) § 91 Abs. 3 AktG nach dem FISG 2021: Compliance Management System	248
cc) Grenzen und Parameter der Compliance-Verantwortung	250
b) Konzerndimensionale Compliance-Pflicht	250
III. Bewertung	252
D. Soziale und ökologische Informationspflichten der Unternehmensleitung	252
I. Theorie der Unternehmenspublizität	252
II. CSR-Berichterstattung	254
1. Regelungsgegenstand der CSR-Richtlinie und des Umsetzungsgesetzes	254
2. Folgen unterlassener und fehlerhafter CSR-Erklärungen	255
III. Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD	256
E. Folgerungen aus der CSR und dem Unternehmensinteresse	260
I. Etablierung von nachhaltigen Finanzströmen	260
1. Erwartungshorizont der Investoren und Nachfrager	260
2. Europäische Regulierungsbestrebungen einer „sustainable finance“	263

II. Leitungsermessen und Abwägungspflicht des Vorstands	265
1. Konkretisierungen	265
a) Rückschlüsse aus den bilanzrechtlichen CSR-Berichtspflichten	265
b) Deutscher Corporate Governance Kodex	268
c) Leitungsautonomie und Gesellschaftswohl i. S. d. § 76 Abs. 1, § 93 Abs. 1 AktG	270
2. Weitergehende Folgerungen	272
F. Ergebnis	273
§ 11 Satzungsmäßige Gestaltungsmöglichkeiten	274
A. Aktiengesellschaft	275
I. Unternehmensgegenstand, Gesellschaftszweck und Corporate Purpose	275
1. Unternehmensgegenstand und Gesellschaftszweck in der Satzung	275
2. Einordnung des Corporate Purpose	276
II. Satzungsmäßige Verpflichtung zur Berücksichtigung von Sozial- und Umweltbelangen	278
1. Mögliche Satzungsvorgaben	278
2. Grenzen in der Leitungsautonomie des Vorstands	279
B. Exkurs: Gesellschaft mit beschränkter Haftung	280
C. Fazit	282
5. Kapitel. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	283
§ 12 Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	283
A. Entstehungsgeschichte und Ausgangslage	284
I. Gesetzgebungsverfahren	284
II. Ausgangspunkt und Motivlage des Gesetzgebers	285
B. Konzeption und wesentlicher Regelungsinhalt des LkSG	287
I. Anwendungsbereich	287
1. Persönliche Anknüpfungskriterien	287
2. Konsolidierte Betrachtung im Konzern	288
II. Implementierung von Sorgfaltspflichten durch das LkSG	291
1. Reichweite des Schutzregimes des LkSG	291
a) Geschützte Rechtspositionen und Rechtsgüter	291
aa) Menschenrechts- und Umweltrisiken (§ 2 Abs. 1 bis Abs. 4 LkSG)	291
bb) Bewertung	297
b) Lieferkette und Geschäftsbereich	301
aa) <i>Upstream</i> - und <i>Downstream</i> -Betrachtung	301
bb) Einflussphären von Geschäftsbereich, unmittelbaren und mittelbaren Zulieferern	303
(1) Eigener Geschäftsbereich (§ 2 Abs. 6 S. 1–2 LkSG) ...	303
(2) Reichweite des eigenen Geschäftsbereichs im Konzern (§ 2 Abs. 6 S. 3 LkSG)	304
(3) Unmittelbarer Zulieferer (§ 2 Abs. 7 LkSG)	306
(4) Mittelbarer Zulieferer (§ 2 Abs. 8 LkSG)	307

2. Sorgfaltspflichten	307
a) Bemühens-, keine Erfolgspflicht	308
b) Risikomanagement (§ 4 LkSG)	310
c) Risikoanalyse (§ 5 LkSG)	313
d) Präventionsmaßnahmen und Grundsaterklärung (§ 6 LkSG)	315
aa) Grundsaterklärung über Menschenrechtsstrategie	315
bb) Präventionsmaßnahmen	316
e) Abhilfemaßnahmen (§ 7 LkSG)	319
f) Beschwerdeverfahren (§ 8 LkSG)	321
g) Mittelbare Zulieferer (§ 9 LkSG)	322
h) Dokumentations- und Berichtspflicht (§ 10 LkSG)	325
aa) Interne Dokumentationspflicht	325
bb) Externe Berichtspflicht	325
III. Öffentlich-rechtliches Kontroll- und Durchsetzungsregime	327
1. Behördliche Kontrolle und Rechtsdurchsetzung	327
2. Sanktionen	328
IV. Privatrechtliche Rechtsdurchsetzung im LkSG	329
1. Zur Frage einer zivilrechtlichen Haftungsklausel	329
2. Besondere Prozessstandschaft (§ 11 LkSG)	331
V. Bewertung	333
C. Auswirkungen auf die privatrechtliche Verantwortlichkeit im Außen- und Innenrecht der Gesellschaft	334
I. Entscheidung des LkSG für ein behördliches Durchsetzungssystem	334
II. Implikationen für eine zivilrechtliche Lieferkettenhaftung im Außenverhältnis	335
1. Keine umfassende Enthaltungswirkung	335
2. Keine Schutzgesetzwirkung, § 823 Abs. 2 BGB	336
3. Mittelbare Ausstrahlwirkung in die deliktsrechtliche Verkehrspflichten- doktrin, § 823 Abs. 1 BGB?	337
a) Dogmatische Überlegungen	337
b) Konkretisierungen	340
aa) Kreis der geschützten Rechtsgüter	340
bb) Rechtsträgerprinzip und deliktsrechtlicher Vertrauens- grundsatz	340
(1) Unmittelbare Zulieferer	341
(2) Mittelbare Zulieferer	343
(3) Konzernlagen	343
cc) Erhöhtes Vertrauen der Betroffenen	345
dd) Eingeschränkte „enabler-Funktion“ der Sorgfaltspflichten	346
4. Keine Ausweitung der Haftung nach § 831 BGB	346
III. Ansprüche im Innenverhältnis der Gesellschaft	347
1. Kein Haftungsausschluss nach § 3 Abs. 3 S. 1 LkSG	347
2. Legalitätspflicht, § 93 Abs. 1 S. 1 AktG	348
3. Verdichtung der Legalitätskontrollpflicht und der Leitungs- autonomie des Vorstands	350

a)	Auswirkungen auf die Legalitätskontrollpflicht	350
b)	Informationelle Konkretisierung der Leitungsautonomie des Vorstands	351
D.	Kollisionsrechtliche Folgeüberlegungen im Lichte des LkSG	351
I.	Zivilrechtliche Durchsetzung im Internationalen Privatrecht	351
1.	Keine kollisionsrechtliche Auswirkung auf die Regelanknüpfung des Deliktsstatuts	353
2.	Eingriffsnormqualität der Sorgfaltspflichten des LkSG, Art. 16 Rom II-VO?	354
3.	LkSG als Sicherheits- und Verhaltensregeln, Art. 17 Rom II-VO?	355
4.	Berufung auf den ordre public-Vorbehalt, Art. 26 Rom II-VO?	356
II.	Wechselwirkungseffekt der Anwendung ausländischen Rechts	356
E.	Ergebnis	357
§ 13	Ausblick: Vorschlag einer europäischen Sorgfaltspflichten-Richtlinie	360
A.	Stand des Gesetzgebungsverfahrens	361
B.	Absehbarer Regelungsrahmen	362
I.	Anwendungsbereich	363
II.	Geschützte Positionen	364
III.	Sorgfaltspflichten und ihre Durchsetzung	364
C.	Fazit	366
§ 14	Perspektiven	367
A.	Defizite der bestehenden Rechtslage und des Lieferkettensorgfaltspflichten- pflichtengesetzes	367
I.	Schwierigkeiten deliktsrechtlicher Lösungen	367
II.	Schwächen in der Kodifikation des deutschen LkSG	371
B.	Hybride Durchsetzungsmechanismen	373
C.	Fortentwicklung gesellschaftsrechtlich verankerter Regelungsmodelle	374
I.	Transformationsbereitschaft der Unternehmen	374
II.	Lieferkettentransparenz	375
III.	Integration von Sorgfaltspflichten in die Corporate Governance und unternehmerische Entscheidungssysteme	377
6. Kapitel.	Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung	379
§ 15	Zusammenfassung in Thesen	379
§ 16	Schlusswort	387
Literaturverzeichnis	389	